



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 27. Januar 2003 (03.02)

CONV 508/03

VERMERK

Betr.: Synthesebericht über die Plenartagung
- 20./21. Januar 2003 in Brüssel

I. ERÖFFNUNG DER TAGUNG

Der Vorsitzende Giscard d'Estaing eröffnete die Plenartagung des Konvents und erinnerte daran, dass das Präsidium derzeit eine erste Reihe von Artikeln für den Entwurf eines Verfassungsvertrags ausarbeite; er hoffe, dem Konvent in Kürze einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten zu können. Außerdem würden die geltenden Vertragsartikel derzeit unter den Aspekten, ob und inwieweit sie geändert werden müssten, analysiert und kategorisiert. Auf dieser Grundlage könne das Präsidium sodann ein Mandat für die Gruppe der Rechtssachverständigen der drei Organe ausarbeiten; diese solle sich zunächst mit den Artikeln befassen, die lediglich technische Änderungen erforderten, und dem Konvent Entwürfe hierzu vorlegen.

1. Funktionsweise der Organe (Dok. CONV 477/03)

2. Zu Beginn der Aussprache über die Funktionsweise der Organe erinnerte der Vorsitzende daran, dass es zwei Gründe gebe, sich mit diesem Thema zu befassen: die Folgen der größeren Anzahl von Mitgliedstaaten im Zuge der bevorstehenden Erweiterung und die Notwendigkeit, die Institutionen so anzupassen, dass sie den Herausforderungen im Rahmen der neuen politischen Ziele wie Außenpolitik, Verteidigung, innere Sicherheit und Justiz gerecht werden könnten.

3. Wie man an die institutionellen Fragen herangehe, hänge davon ab, wie die Europäische Union in der Zukunft aussehen solle. Solle sie allmählich eher föderale Strukturen erhalten, oder solle sie weiterhin auf einem gemischten Konzept beruhen, mit einer konföderalen Komponente für die Fragen, die nach wie vor im Wege der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten geregelt werden, und einem föderalen System für die Zuständigkeiten, die auf Ebene der Union wahrgenommen werden? Der Konvent habe zu prüfen, ob
- hinreichend deutlich definiert ist, welche Aufgaben die Organe jeweils haben und inwieweit sie verantwortlich sind;
 - die Organe zufriedenstellend funktionieren und dies auch künftig tun werden. Erfüllen sie ihre Aufgaben fristgerecht und effizient?
 - ihre Strukturen und ihr Ernennungsverfahren geändert werden sollten. Wenn ja, wie?

Wegen der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte der Mitgliedstaaten sei es besonders schwierig, das richtige Gleichgewicht zwischen den beiden Forderungen - Gleichberechtigung der Bürger und Gleichberechtigung der Staaten - zu finden.

4. Im Mittelpunkt der anschließenden Aussprache standen vor allem die Funktionsweise des Europäischen Rates und des Rates, doch kam die Rede mehrfach auch auf die Kommission und - weniger häufig - auf das Parlament. Einige wenige Redner sprachen auch den Gerichtshof an.
5. Viele Redner plädierten zu Beginn ihrer Ausführungen zu den einzelnen Organen für einige Grundprinzipien, die aus ihrer Sicht als Ausgangspunkt der Debatte dienen sollten. Mehrfach wurde hervorgehoben, dass die Befugnisse der drei wichtigsten Organe weiterhin in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssten. Viele forderten eine gleichmäßige Stärkung aller Organe, damit diese bei mehr Transparenz und größerer Verantwortlichkeit effizienter arbeiten könnten. Eine Reihe von Rednern betonte, dass bei neuen institutionellen Vereinbarungen der Grundsatz der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten uneingeschränkt gewahrt werden müsse. Einige sprachen auch von der Gleichberechtigung der Bürger; es gelte, beide Grundsätze weiterhin zu beachten. Mehrere vertraten die Ansicht, dass die Organe mehr unmittelbare Relevanz für die Bürger Europas erhalten müssten. Es gab auch Forderungen nach Beibehaltung der "Gemeinschaftsmethode", die sich im Rahmen der Europäischen Union bewährt habe. Einige Konventmitglieder meinten, eine institutionelle Reform

bedeute aus ihrer Sicht nicht, dass neue Organe eingerichtet werden müssten. Mehrere Redner forderten neue Vereinbarungen, in denen die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente angemessen anerkannt werde. Vor allem müsse der vorgeschlagene "Subsidiaritäts-Frühwarnmechanismus" gestärkt werden.

6. Was den Europäischen Rat betrifft, so herrschte allgemein Einvernehmen darüber, dass er seine strategische Rolle als Impulsgeber der Europäischen Union insbesondere auf dem Gebiet der Außenbeziehungen behalten solle. Mehrere Konventmitglieder sprachen sich dafür aus, die Rolle und die Aufgaben des Europäischen Rates im Verfassungsvertrag genauer festzulegen. Einige unterstrichen, dass er sich in seiner Rolle des allgemeinen Koordinators nicht dazu verleiten lassen solle, Aufgaben wahrzunehmen, für die eigentlich die Fachräte zuständig seien; vor allem müsse so weit wie möglich vermieden werden, dass der Europäische Rat als Berufungsinstanz für Fragen, bei denen sich der Rat nicht einigen konnte, benutzt werde.
7. Mehrere Konventmitglieder, denen andere beipflichteten, schlugen vor, anstelle des turnusmäßigen Wechsels des Vorsitzes des Europäischen Rates das Amt eines Präsidenten/Vorsitzenden einzuführen, der entweder für eine Amtszeit von fünf Jahren oder aber für eine verlängerbare Amtszeit von zweieinhalb Jahren (wie einige meinten, mit qualifizierter Mehrheit) gewählt werden solle. Dieser Präsident würde eine doppelte Aufgabe wahrnehmen: Zum einen würde er die Tagungen des Europäischen Rates vorbereiten, auf ihnen den Vorsitz führen und die Arbeiten im Anschluss daran überwachen, und zum anderen würde er die Europäische Union international auf höchster Ebene vertreten, ohne dass dadurch die Zuständigkeiten der Kommission und ihres Präsidenten berührt würden. Viele Sprecher lehnten diesen Vorschlag ab bzw. vertraten die Auffassung, dass er eine Reihe wichtiger Fragen aufwerfe, die erst geklärt werden müssten. Nach Auffassung einiger Mitglieder würde durch die Einführung eines solchen ständigen Postens Verwirrung darüber entstehen, welches die jeweiligen Aufgaben des Europäischen Rates und der Kommission seien; im schlimmsten Fall würde die Rivalität zwischen beiden institutionalisiert. Eine Reihe von Rednern stellte die Frage nach der demokratischen Legitimierung und Verantwortlichkeit eines solchen potenziell mächtigen Amtsinhabers; manche fragten, wieviel und welche Art von Verwaltungsaufwand das Amt erfordern würde, während einige meinten, der Vorsitz im Europäischen Rat und das Amt des Kommissionspräsidenten könnten zu einem einzigen Amt verschmolzen werden. Andere wiederum erklärten, sie seien zwar nicht gegen den Vorschlag, doch müsse genau festgelegt werden, welche Aufgaben ein ständiger Präsident des Europäischen Rates wahrnehmen würde (eine Frage, die eng mit der Rolle des Europäischen Rates zusammenhänge); hätte der Amtsinhaber in erster Linie Verwaltungsaufgaben, solle er im politischen Alltag die Führungsrolle übernehmen oder solle er vor allem die Kontinuität der strategischen Ausrichtung gewährleisten?

8. Was den Rat betrifft, so plädierten einige Redner dafür, am halbjährlichen Wechsel des Vorsitzes festzuhalten. Dieses Verfahren habe den Vorteil, dass alle Mitgliedstaaten, die großen wie die kleinen, in gleicher Weise Zugang zum Amt des Vorsitzes hätten, und dass die Europäische Union in den Mitgliedstaaten stärker wahrgenommen werde. Das derzeitige Verfahren solle beibehalten, aber gleichzeitig eine bessere Mehrjahresplanung eingeführt werden, um trotz des Wechsels Kontinuität zu gewährleisten. Ein Sprecher meinte, dass die Rolle des Vorsitzes schwierig geworden sei, da dieser Aufgaben übernommen habe, für die eigentlich die Kommission zuständig sei.
9. Andere vertraten die Auffassung, das derzeitige Rotationsverfahren stoße bereits jetzt an seine Grenzen und könne nach der Unionserweiterung nicht mehr ordentlich funktionieren. Es wurden alternative Verfahren vorgeschlagen: Wahrnehmung der Aufgaben des Vorsitzes durch ein im Turnus wechselndes "Team", Festhalten an einem turnusmäßigen "Kern"-Vorsitz im Europäischen Rat/Rat "Allgemeine Angelegenheiten" und AStV, Wahl der Präsidenten der einzelnen Ratsformationen, Stärkung der Rolle des Generalsekretärs des Rates und seines Mitarbeiterstabs, Wahrnehmung des Vorsitzes im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" durch den Kommissionspräsidenten sowie verschiedene Kombinationen dieser unterschiedlichen Vorschläge. Von denen, die für eine Änderung des derzeitigen Rotationsverfahrens plädierten, hoben einige hervor, dass jedes neue Verfahren auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten basieren müsse; andere erklärten, dass bei einem neuen Verfahren in jedem Fall irgend eine Art der Rotation vorgesehen werden müsse.
10. Breite Zustimmung fand der Vorschlag, einen legislativen Rat einzuführen, bei dem die Gesamtverantwortung für die Prüfung von Gesetzesvorschlägen liegen und der öffentlich tagen würde. Zudem habe der Rat "Allgemeine Angelegenheiten" bei der Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates eine wichtige Rolle wahrzunehmen. Auch der Vorschlag, einen Rat "Auswärtige Angelegenheiten" einzuführen, in dem der Verantwortliche für die GASP den Vorsitz führen würde, wurde weitgehend begrüßt. Eine Reihe von Rednern vertrat die Auffassung, dass daraus das Amt des Europäischen Außenministers entstehen sollte; viele meinten, dass die derzeitigen Aufgaben des Hohen Vertreters und des für die Außenbeziehungen zuständigen Mitglieds der Kommission in diesem Amt zusammenfließen könnten, während andere meinten, dass die institutionellen Auswirkungen dieses Vorschlags noch näher erörtert werden müssten.

11. Viele vertraten die Auffassung, dass der Rat nach der Unionserweiterung nur dann wirklich funktionieren könne, wenn die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zur Regel werde. Aus Sicht einiger Redner gilt dies auch für den Bereich der GASP. Manche äußerten die Ansicht, dass die Vereinbarung im Vertrag von Nizza über die Stimmengewichtung zu kompliziert sei und durch ein Verfahren der doppelten Mehrheit (Mehrheit der Mitgliedstaaten und Mehrheit der Einwohner) ersetzt werden sollte. Dies sei eine ebenso einfache wie nachhaltige Lösung. Ferner sollte nach der Unionserweiterung mehr von der verstärkten Zusammenarbeit und der konstruktiven Enthaltung Gebrauch gemacht werden.
12. Was die Kommission betrifft, so herrschte allgemein Einvernehmen darüber, dass es innerhalb der institutionellen Dreiecksstruktur weiterhin eine starke Kommission mit ihrem einzigartigen kollegialen System geben solle, die vollkommen unabhängig von nationalen Einflüssen im allgemeinen Interesse der Union handelt.
13. Weitgehend einig waren sich die Mitglieder, dass die Kommission eine starke demokratische Legitimierung benötige, wobei vor allem auf das Verfahren für die Ernennung des Kommissionspräsidenten abgehoben wurde. Viele Redner schlossen sich der Auffassung an, dass – wie es gegenwärtig auch der Fall ist – sowohl die Staats- und Regierungschefs als auch das Europäische Parlament an dem Verfahren beteiligt sein sollten. Einige vertraten jedoch die Ansicht, dass darüber hinaus ein Zusammenhang mit dem Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament hergestellt werden sollte; hierdurch werde das Interesse an den Wahlen zunehmen und gleichzeitig die Autorität der Kommission gestärkt.
14. Einige der Befürworter dieses Konzepts meinten, dass der Rat einfach nur aufgefordert werden müsse, das Ergebnis der Wahlen abzuwarten und dieses dann bei der Bestimmung eines Kandidaten zu berücksichtigen. Viele andere meinten, man müsse weiter gehen, und schlugen vor, dass die beiden Institutionen in umgekehrter Reihenfolge tätig werden sollten, d. h. dass erst eine Abstimmung im Parlament stattfinden (wobei die Formulierung "Wahl des Präsidenten durch das Parlament" fiel) und anschließend der Rat die so bestimmte Person bestätigen solle. Einige Konventmitglieder sprachen sich dafür aus, für diese Abstimmung eine 3/5- oder eine 2/3-Mehrheit im Parlament vorzusehen, um die Kommission und ihren Präsidenten von parteipolitischen Rivalitäten fern zu halten. Andere befürworteten die absolute Mehrheit; Forderungen nach höheren Schwellen gingen zulasten der Transparenz des Bestimmungsvorgangs und würden das Parlament im Vergleich zum gegenwärtigen Verfahren in eine noch schwierigere Lage bringen. Einige Redner schlugen außerdem vor, dass das Parlament über eine begrenzte Anzahl von Kandidaten, die der Rat benennen würde, abstimmen sollte.

15. Einige Sprecher plädierten dafür, den Präsidenten von einem Wahlkollegium aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente oder aber im Wege unionsweiter allgemeiner und direkter Wahlen wählen zu lassen. Andere empfahlen, am derzeitigen Ernennungsverfahren festzuhalten, und warnten vor einer "Politisierung" der Kommission. Daraufhin wurde eingewandt, dass die Kommission bereits ein politisches Organ sei; wenn ihr Präsident mit einer parlamentarischen Mehrheit gewählt werde, müsse dies nicht unbedingt bedeuten, dass das Kollegium parteipolitisch ausgerichtet sei.
16. Mehrere Redner vertraten zudem die Auffassung, dass es die Legitimationsgrundlage der Kommission stärken würde, wenn der Rat - neben dem Parlament - das Recht bekäme, ihr das Misstrauen auszusprechen; die Kommission müsse dann sowohl gegenüber den Staaten als auch gegenüber den Bürgern Rechenschaft ablegen.
17. Was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, so vertraten viele Redner die Ansicht, dass dem nächsten Kollegium - wie im Vertrag von Nizza vorgesehen - ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat angehören sollte. Auf diese Weise könne die Kommission die Integration der neuen Mitgliedstaaten leichter bewältigen und hätten diese Gelegenheit, sich mit den Unionsverfahren vertraut zu machen. Während einige Redner dafür plädierten, dass es auch längerfristig für jeden Mitgliedstaat ein Kommissionsmitglied geben solle, vertraten andere den Standpunkt, dass es im Interesse der Effizienz und Unabhängigkeit besser wäre, wenn das Kollegium zur gegebenen Zeit verkleinert würde; bei einem großen Kollegium, das genau der Zusammensetzung des Rates entspreche, sei zu befürchten, dass einzelstaatliche Interessen die Oberhand gewinnen; entstehe aber der Eindruck einer "Renationalisierung" der Kommission, so existiere die Gefahr, dass die Unabhängigkeit und das Gewicht ihrer Entscheidungen und Vorschläge in den Mitgliedstaaten nicht mehr wie bisher anerkannt würden. Mit Blick auf eine Verkleinerung der Kommission wurde vorgeschlagen, entweder ein auf dem Gleichheitsgrundsatz beruhendes Rotationssystem einzuführen, bei dem die Mitgliedstaaten im Wechsel ein Kommissionsmitglied benennen, oder aber dem designierten Kommissionspräsidenten das Recht zuzugestehen, sich seine Kollegen - vorbehaltlich der Bestätigung durch den Rat - aufgrund ihrer Verdienste und unter gebührender Beachtung einer grundlegenden geografischen und politischen Ausgewogenheit selber auszusuchen. Ganz allgemein wurde für ein größeres Mitspracherecht des designierten Präsidenten bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder plädiert.
18. Was die interne Funktionsweise der Kommission betrifft, so sprachen sich einige Redner dafür aus, dass der Kommissionspräsident über weit reichende Kompetenzen verfügen müsse. Hierzu gehöre u.a. die Richtlinienkompetenz, das Recht, ein Kommissionsmitglied, das nicht mehr sein Vertrauen genieße, zu entlassen, und die Befugnis, die Geschäftsbereiche der

einzelnen Kommissionsmitglieder (neu) zu verteilen und das Kollegium in Untergruppen zu unterteilen, die dem Vorsitz der (von ihm/ihr ernannten) Vize-Präsidenten unterstehen, größere Politikbereiche abdecken und Entscheidungen im Namen des Kollegiums treffen. Mehrere Redner vertraten die Auffassung, dass durch derartige Maßnahmen die Effizienz auch in einem großen Kollegium gewährleistet werden könne. Andere betonten dagegen, dass der Grundsatz der Kollegialität der Kommissionsmitglieder gewahrt werden müsse.

19. Von vielen Rednern wurde hervorgehoben, dass die wesentlichen Aufgaben und Zuständigkeiten der Kommission verstärkt werden müssten, ohne jedoch die Rolle der beiden anderen Organe zu schmälern. Insbesondere solle die Kommission an den Maßnahmen zum Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts uneingeschränkt mitwirken, in ihrer Aufgabe, für die Einhaltung des Unionsrechts sowie der Durchführungsvorschriften zu sorgen, gestärkt werden (wobei einige Redner meinten, dass die Komitologieverfahren evtl. vereinfacht und delegierte Rechtsakte eingeführt werden könnten) und weiterhin über ein abschließendes legislatives Initiativrecht verfügen. Mehrere Redner hoben hervor, dass die Kommission auch in Zukunft die einzige Exekutivbehörde der Union sein solle.
20. Weitgehend einig waren sich die Konventmitglieder darin, dass dem Europäischen Parlament durch Ausdehnung bzw. generelle Einführung des Mitentscheidungsverfahrens bei der Gesetzgebung die Rolle eines echten Mitgesetzgebers übertragen werden sollte. Einige Mitglieder sprachen sich auch dafür aus, dem EP uneingeschränkte Haushaltsbefugnisse zuzubilligen und auf die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht obligatorischen Ausgaben künftig zu verzichten.
21. Mehrere Redner schlugen vor, das Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu ändern, um einen engeren Kontakt zwischen den Abgeordneten und den Bürgern zu gewährleisten; hierfür bedürfe es kleinerer Wahlkreise, regionaler Listen und strengerer Vorschriften betreffend die Unvereinbarkeit von Ämtern. Einige Redner sprachen die Zusammensetzung des Parlaments an und forderten beispielsweise eine Verringerung der Abgeordnetenzahl.
22. Mehrere Konventmitglieder stellten die Frage, ob die Möglichkeit der Auflösung des Parlaments vorgesehen werden sollte, und wenn ja, unter welchen Umständen.

23. Eine Reihe von Rednern erklärte, dass es für eine rechtsstaatliche Union von Bedeutung sei, den Gerichtshof zu stärken, damit dieser die Qualität seiner Rechtsprechung aufrechterhalten und die steigende Arbeitsbelastung bewältigen könne, die sich sowohl aus der Erweiterung als auch aus den Empfehlungen des Konvents ergebe. Nur wenige Redner legten detaillierte Vorschläge dazu vor, wie der Gerichtshof gestärkt werden könne, wenngleich einige anregten, das Verfahren für die Ernennung der Richter zu reformieren, den Personalbestand und die Mittel des Gerichtshofs (und des Gerichts erster Instanz) zu erhöhen und die Verfahren, mit denen der Gerichtshof den Mitgliedstaaten im Falle von Verstößen Geldbußen auferlegen kann, zu vereinfachen und zu beschleunigen.
24. Der Vorsitzende erklärte bei der Zusammenfassung der Aussprache, dass es wichtig sei, Selbstgefälligkeit zu vermeiden. Der Konvent sei einberufen worden, weil echte Probleme festgestellt worden seien, die, wie die niedrige Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gezeigt habe, auch die öffentliche Meinung betreffen. Der Konvent würde sein Ziel verfehlen, wenn er anstelle von Lösungen den Status quo vorziehen würde. Gefordert seien Mut und Einfallsreichtum.
25. Aus den Beratungen hätten sich eine Reihe von Grundsätzen herauskristallisiert. Der Konvent habe sich für ein gemischtes System aus föderalen und konföderalen Bestandteilen ausgesprochen. Es bestehe Konsens darüber, alle Organe zu stärken und ihre Effizienz zu verbessern, dies aber auf eine Art und Weise zu erreichen, bei der das institutionelle Gleichgewicht gewahrt werde. Viele Redner hätten nachdrücklich auf die Bedeutung einer verstärkten Transparenz und demokratischen Rechenschaftspflicht hingewiesen. Viele seien ferner dafür eingetreten, dass die Gleichbehandlung zwischen den Mitgliedstaaten gewahrt bleibe.
26. Zu spezifischen Fragen seien weitere Arbeiten erforderlich. Insbesondere müssten Alternativen zum derzeitigen System des turnusmäßigen Ratsvorsitzes geprüft werden, wobei allerdings hinsichtlich des Vorschlags, dass der Europäische Rat zu einem ständigen Vollzeit-Vorsitz übergehe, Zweifel geäußert worden seien. Ferner seien Fragen sowohl hinsichtlich der Rolle des Vorsitzes als auch in Bezug auf das Verfahren zu seiner Bestimmung aufgeworfen worden. Es habe sich ganz eindeutig erwiesen, dass es erforderlich sei, diese Fragen anzugehen und die Rolle des Europäischen Rates in angemessener Weise festzulegen. Der Gedanke, einen legislativen Rat zu schaffen, dessen Tagungen öffentlich seien, habe eine sehr breite Unterstützung gefunden. Die sich daraus ergebenden Folgen sowie die künftige Rolle des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" seien zu prüfen. Es müssten weitere Überlegungen zu der Frage der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit angestellt und insbesondere geprüft werden, auf welche Grundlage sich ein neues System stützen sollte.

27. Ferner müssten die künftige Rolle und die künftigen Aufgaben des Europäischen Außenministers eingehender geprüft werden. Was die Kommission anbelange, so hätten sich viele Redner für die Beibehaltung eines Kommissars für jeden Mitgliedstaat ausgesprochen. Einige hätten dies auf kurze Sicht für erforderlich gehalten, waren jedoch der Ansicht gewesen, dass zu gegebener Zeit eine im Hinblick auf die Effizienz besser geeignete Alternative gefunden werden müsse. In Bezug auf die verschiedenen Optionen seien weitere Arbeiten erforderlich, ebenso wie auch in Bezug auf die Frage der Verfahren für die Bestimmung des Kommissionspräsidenten.
28. Die Tagung habe klar gezeigt, dass weitere Überlegungen und Beratungen erforderlich seien; die Debatte sei in Gang gesetzt, aber nicht abgeschlossen, und das Präsidium werde entsprechende Überlegungen anstellen. Die Mitglieder des Konvents könnten in der Zwischenzeit schriftliche Beiträge einreichen, insbesondere über diejenigen Fragen, die sie in ihren Beiträgen nicht behandelt hätten. Eine noch nicht ausreichend erörterte Frage betreffe die Art und Weise, wie der Europäische Gerichtshof gestärkt werden könne, und sei für das künftige Funktionieren der Union von wesentlicher Bedeutung. Der Vorsitzende schlug deshalb vor, einen kleinen "Think tank" einzurichten, der Fragen hinsichtlich der Arbeitsweise des Gerichtshofs im Zusammenhang mit der Erweiterung prüfen solle. Der "Think tank" könne von einem Mitglied des Präsidiums geleitet werden und würde dem Konvent Bericht erstatten. Er sollte so weit wie möglich den Konvent als Ganzes repräsentieren.

2. Fragestunde

29. Es wurden keine Fragen gestellt.

II. NÄCHSTE TAGUNG DES KONVENTS

30. Der Vorsitzende kündigte an, dass die nächste Tagung des Konvents am Donnerstag, 6. Februar (nachmittags) und am Freitag, 7. Februar (vormittags) stattfinden wird. Auf dieser Tagung soll der Bericht der Gruppe "Soziales Europa" erörtert werden und eine Aussprache über Regionalfragen stattfinden.

Plenartagung vom 20./21. Januar 2003**LISTE DER REDNER****in der Reihenfolge ihrer Beiträge****27. Funktionsweise der Organe (Dok. CONV 477/03)**

Herr Valéry GISCARD d'ESTAING - Vorsitzender
Herr Gijs DE VRIES - Niederlande (Regierung)
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
Frau Sandra KALNIETE - Lettland (Regierung)
Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)
Herr Antonio VITORINO - Kommission
Herr Giuliano AMATO - Stellvertretender Vorsitzender
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
Herr Dimitrij RUPEL - Slowenien (Regierung)
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)
Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)
Herr Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament
Herr Karel DE GUCHT - Belgien (Parlament)
Herr Tunne KELAM - Estland (Parlament)
Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
(Blaue Karten: Einem, Heathcoat-Amory, MacLennan, Costa, Bösch)
Herr Georges KATIFORIS - Griechenland (Regierung)
Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
Herr Peter ECKSTEIN-KOVACS - Rumänien (Parlament)
Herr John BRUTON - Irland (Parlament)
Herr Peter BALÁZS - Ungarn (Regierung)
Herr Proisias DE ROSSA - Irland (Parlament)
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
Herr Aloiz PETERLE - Slowenien (Parlament)
Herr Marco FOLLINI - Italien (Parlament)
Frau Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
Herr Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)
Frau Maria Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)
Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)
Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
Herr Henrik DAM KRISTENSEN - Dänemark (Parlament)
Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
Herr Reinhard RACK - Europäisches Parlament

Herr Puiu HASOTTI - Rumänien (Parlament)
(*Blaue Karten: Muscardini, Speroni*)
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament
Herr Jacques SANTER - Luxemburg (Regierung)
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
Frau Lena Hjelm-WALLÉN - Schweden (Regierung)
Herr Guntars KRASTS - Lettland - Parlament
Herr Manfred DAMMEYER - (Ausschuss der Regionen)
Herr George JACOBS - Europäische Sozialpartner
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament
Herr Algirdas GRICIUS - Litauen (Parlament)
Herr Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)
Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
Herr Zekeriya AKCAM - Türkei (Parlament)
(*Blaue Karten: Carnero, Maij-Weggen*)

Dienstag, 21. Januar 2003

2. Fortsetzung der Aussprache über die Funktionsweise der Organe (Dok. CONV 477/03)

Herr Klaus HÄNSCH - Europäisches Parlament
Herr Josep BORRELL FONTELLES - Spanien (Parlament)
Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Danemark (Regierung)
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
Herr Michel BARNIER - Kommission
Herr Gianfranco FINI - Italien (Regierung)
Herr Pierre LEQUILLIER - Frankreich (Parlament)
Herr Luis MARINHO - Europäisches Parlament
Herr Olivier DUHAMEL - Europäisches Parlament
Frau Ana PALACIO - Spanien (Regierung)
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)
Herr Dominique de VILLEPIN - Frankreich (Regierung)
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
Herr Jan KOHOUT - Tschechische Republik (Regierung)
(*Blaue Karten: Karins, Hjelm-Wallén, Hain, d'Oliveira Martins, Demetriou*)
Herr Michael FRENDÓ - Malta (Parlament)
Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Kemal DERVIS - Türkei (Parlament)
Herr Gabriel CISNEROS - Spanien (Parlament)
Herr Ivan KORCOK - Slowakische Republik (Regierung)
Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament
(*Blaue Karten: Tiilikainen, Tomlinson, Speroni, Rack*)
Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)
Herr Pat CAREY - Irland (Parlament)
Herr Esko SEPPÄNEN - Europäisches Parlament

Herr Oguz DEMIRALP - Türkei (Regierung)
Herr Matti VANHANEN - Finnland (Parlament)
Herr John GORMLEY - Irland (Parlament)
(Blaue Karten: Brok, Duff, Lamassoure, Paciotti)
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)
Herr Reinhard BÖSCH - Österreich (Parlament)
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)
(Blaue Karten: Maij-Weggen,, Lennmarker, Peterle, Voggenhuber, Palacio, Kiljunen)
